

Für bestimmte Polizeieinsätze ist eine Sicherheitsabgabe geboten

Für eine Sicherheitsabgabe für Polizeieinsätze bei Fußball-Profi-Spielen und anderen kommerziellen Großveranstaltungen hat sich der Landesvorstand der CDA Schleswig-Holstein einstimmig auf einer Sitzung in Neumünster ausgesprochen. Die CDA hat einen entsprechenden Antrag zum Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein am 15. November 2014 gestellt.

Der Antrag lautet:

„Immer mehr Polizeieinsätze in immer größerer Personalstärke bei Fußball-Profi-Spielen, andererseits immer weniger Polizei vor Ort und immer mehr frustrierte Beamte. So sieht die Polizei-Realität aus. „Einfache“ Delikte - wobei man sich fragt, wie die zu definieren sind - sollen in Schleswig-Holstein zum Beispiel nicht mehr ernsthaft bearbeitet werden.

Eine Kostenbeteiligung im Profi-Bereich für Polizeieinsätze ist geboten. Dies kann nicht mehr allein Sache der Steuerzahler sein. Beim Einsatz von 1000 Beamten pro Spiel muss mit Kosten von mindestens 500 000 Euro für den Staat gerechnet werden. Die Fußball-Profi-Clubs haben sich inzwischen meist zu Unternehmen entwickelt. Der Einsatz der Polizei gehört heute typischerweise zum Charakter von Profi-Spielen.

Eine Kostenbeteiligung ist auch ein Gebot der Gerechtigkeit. Denn: Woanders fehlt Polizei, wenn sie in Hundertschaften ausrücken muss, um das Zig-Millionen-Geschäft Fußball – und dies regelmäßig – abzusichern. Eine Sicherheitsabgabe könnte mehr Polizei finanzieren.

Dies ist auch in Schleswig-Holstein dringend nötig. Der Wille der Landesregierung, mehr als 120 Polizeiplanstellen abzubauen und Polizeistationen aufzulösen, schwächt weiter die Präsenz der Polizei und damit die Sicherheit vor allem vor Ort. Sie wird zu Lasten wichtiger präventiver Aufgaben der Polizei gehen und damit die Polizei stärker auf den Weg zur „Reaktions-Polizei“ führen. Dies wäre eine falsche Richtung.

Die fundierte Personen- und Sachkenntnis vor Ort ist von großer Bedeutung für erfolgreiche polizeiliche Arbeit, gerade auch zum Beispiel bei Delikten Jugendlicher oder bei Einbrüchen.

Für die Regelung einer Kostenbeteiligung der Profi-Vereine oder private kommerzielle Veranstalter sind verschiedene Modelle denkbar. Dies kann durch eine Gebührensatzung oder durch eine Pauschale, wie von der Polizeigewerkschaft vorgeschlagen, erfolgen. Auch ein Blick in andere Länder wie England könnte sich lohnen.

Verursacher für Kosten zahlen zu lassen, ist schon heute polizeiliche Rechts- und Sachlage. Wenn dies nicht im Profi-Bereich geschieht, ist dies bislang eigentlich eine Bevorzugung. Sie erklärt sich vor allem aus der Historie. Bei Gründung der Fußball-Bundesliga und viele Jahre danach gab es keine Polizeieinsätze, die auch nur annähernd heutige Dimensionen erreichten.

Zuständig für Auflagen zur Gewährleistung von Sicherheit und Ordnung bei Veranstaltungen sind zunächst die Verwaltungsbehörden. Deren Forderungen waren wohl auch der Grund, warum das Spiel HSV: Lazio Rom jüngst in Flensburg vom Veranstalter abgesagt wurde.

Ohne die Wege dorthin wäre die Präsenz von Zuschauern im Veranstaltungsort nicht möglich. Deshalb gehören sie - mindestens mit - zum Verantwortungsbereich und zum Kostenfaktor des Veranstalters. Ob im Profi-Fußball oder bei privaten kommerziellen Events.

Der Schutz von Veranstaltungen, Demonstrationen, Kundgebungen und ähnlichem, die zur Ausübung der grundgesetzlich geschützten Meinungs- und Versammlungsfreiheit stattfinden, ist selbstverständlich (kostenfreie) Aufgabe des Staates und damit der Polizei. Eine Vermischung dieser Frage mit obiger Diskussion kann nur als Versuch der Irreführung gewertet werden.

Vielfach ist gerade in den vergangenen Jahren die Frage diskutiert worden, ob alle früheren Aufgaben des Staates auch heute noch dessen sind. Es ist schon sehr auffällig, dass die Diskussion über bestimmte Kostenbeteiligungen für Polizeieinsätze lange nicht dazu gehörten, sondern eher tabuisiert wurden.

Zu wenig wird im Übrigen über die betroffenen Polizeibeamten gesprochen. Sie müssen immer wieder gegen regelmäßige Randalierer los – ob bei Hitze, Schnee oder Eis, oft zu Lasten eines freien Wochenendes mit der Familie. Dies kann – zumindest auf Dauer – Motivation und innere Haltung beeinflussen. Umso wichtiger ist es, den Polizeibeamten zu vermitteln, dass die (zunehmenden) Probleme gesehen werden und zumindest Wege zur Begrenzung der Belastungen ernsthaft diskutiert werden.“

Breitner – Minister *UNGESCHICKT*

Die Baustellen häufen sich. Beim **Finanzausgleichs-Gesetz** musste der Innenminister erst vom Ministerpräsidenten öffentlich gemahnt werden, sich um mehr Akzeptanz zu bemühen, dann verschob das Landes-Kabinett die Beschlussfassung, weil dies offensichtlich nicht erfolgt war.

Eklatant, was der Innenminister unter dem **gern proklamierten „Dialog“** mit der kommunalen Ebene versteht. An allen seit April 2013 begründet vorgetragenen Einwänden vorbei sollen im Kreis Plön 6 Polizeidienststellen und mindestens weitere 10 Polizeibeamte abgezogen werden. Der vom Landesgesetzgeber eingerichtete Polizeibeirat des Kreises bat Breitner persönlich zum Gespräch. Kurz sein Auftritt, gleich Null die Wirkung der vorgetragenen Argumente bei ihm.

Die **Klagen bei der Polizei** häufen sich auch im Land. Digitalfunk-Probleme sind Breitner nicht persönlich anzulasten, wohl aber Fehl-Analysen („sehr gut aufgestellt“) und die schwache Handlungsstrategie. Viele Polizeibeamten sehen sich beim Dienstherrn derzeit nicht gut aufgehoben. Selbst 20 000 Euro Kosten für eine (notwendige) Polizei-Tankstelle im Landespolizei-Zentrum Eichhof wurden zum öffentlich sichtbaren Problem.

Zumindest kommunikativ schwach und politisch problematisch sein **Agieren bei der Vorratsdatenspeicherung**. Fachlich dafür, politisch aufgrund des SPD/Grünen/SSW-Koalitionsvertrages dagegen. Dieser wurde von ihm mitverhandelt. Er soll Basis der Arbeit der Landesregierung sein. Die Öffentlichkeit erfährt vom Breitner-Spagat zunächst nichts.

Markig sein Auftreten in der **Kieler Steuerdeal-Affäre**. Vom Ehemann der Ex-OB Dr. Susanne Gaschke, dem langjährigen Bundestagsabgeordneten Dr. Hans-Peter Bartels, fühlt er sich „als Verfassungsorgan“ genötigt. Breitner-Ergebnis: Eine heftige Bauchlandung.

Die Diagnose am Schreibtisch reicht nicht

„Einfache“ Deliktsfälle sollen künftig möglicherweise nicht mehr von Polizeibeamten bearbeitet werden. Dies würde ein weiteres Weniger an Sicherheit in Schleswig-Holstein bedeuten. Die Zahl der Polizeibeamten soll sinken, immer mehr Dienststellen werden aufgelöst - im Handeln einer Landesregierung sähe eine echte Priorität Sicherheit deutlich anders aus.

Bei „einfach gelagerten Fällen“, so der Innenminister des Landes, sei es vertretbar, auf die Ermittlungsarbeit



Foto: Imago/Christian Schroeder

von Polizeibeamten zu verzichten. Dies überzeugt nicht. Die Diagnose am Schreibtisch reicht nicht. Was auf den ersten Blick einfach erscheinen mag, muss dies tatsächlich keinesfalls sein. Und: Wenn Täter wissen, dass gar nicht erst ermittelt wird, wenn sie nur gerissen genug vorgehen, ist dies die eindeutig falsche Botschaft.

Was bringt es finanziell, Tarifbeschäftigte statt Polizeibeamte mit diesen Ermittlungen zu betrauen? Kaum etwas. **Viel sinnvoller wäre es, lebens- und berufserfahrenen älteren Polizeibeamten diese Arbeit zu übertragen** und ihnen nach vielen Dienstjahren zu ersparen, auch noch den schweren Nacht- und Schichtdienst leisten zu müssen.

Schon jetzt gibt es viel Frust bei Bürgern, wenn sie bei Sachbeschädigungen, Einbrüchen oder Diebstählen nach gut drei Monaten die Mitteilung bekommen, die Ermittlungen würden eingestellt, weil sich ein Tatverdächtiger nicht habe ermitteln lassen. Nicht nur der Innenminister, sondern die gesamte Landesregierung sollte alles tun, dass sich dieser Trend nicht noch verstärkt.

In den polizeilichen und ministeriellen Ermittlungsbilanzen hören wir jährlich, wie erfolgreich die Polizei ist. Es dürfte angezeigt sein, sich künftig die Bilanzen genauer anzuschauen.

Erhebliche Schieflage auch bei den Themen Polizeikosten und Verkehrskasper

Innenminister Breitner (SPD) ist aufgefordert, die Diskussion um eine Kostenbeteiligung der Vereine bei Profi-Spielen sachgerecht zu führen. Wenn er schon trotz eklatanter personeller Nöte auch der schleswig-holsteinischen Polizei – deren Dienstherr er ist – nicht zu einer offenen Diskussion bereit ist, kann zumindest erwartet werden, dass sich ein Innenminister der Sache angemessen differenziert mit dem Thema auseinandersetzt.

Demonstrationen wie zum 1. Mai mit der Kostenbeteiligung bei Profi-Spielen in einen Zusammenhang zu stellen, legt die Folgerung nahe, dass Breitner entweder bewusst Ängste schüren will oder nicht tief im Thema steht. Die CDA: „Niemand außer Breitner diskutiert dies. Der Schutz von Demonstrationen, Veranstaltungen, Kundgebungen u. a., bei denen es um die Meinungs- und Versammlungsfreiheit geht, ist natürlich kostenfrei, weil sie Sache des Staates und damit der Polizei sind. Etwas völlig anderes ist es, wenn im kommerziellen Bereich wie Fußball-Profispielen oder privaten Großveranstaltungen staatliche Leistungen wie der Einsatz der Polizei – und dies regelmäßig in erheblichem Umfang – erfolgen.“

Für staatliche Leistungen wie Verwaltungsbescheide müssen Bürger und Unternehmen selbstverständlich zahlen. Aber im zig-Millionen-Geschäft Profi-Sport soll der Staat bei Leistungen wie Polizeieinsätze den Nulltarif anwenden? Nicht vergessen werden darf auch, dass die Polizei inzwischen auch in Schleswig-Holstein ihre Leistungen unter Hinweis auf Personalknappheit zum Teil einschränkt.

Breitners Meinung, eine Kostenbeteiligung der Fußball-Profi-Klubs sei komplett rechtswidrig, kann nur noch Erstaunen auslösen. Nach seinem rechtlichen Flop beim Thema MdB Dr. Bartels / Gaschke im Zuge der Nachwirkungen der Kieler Steuer-Affäre sollte der Innenminister Breitner auch hier sprachlich und inhaltlich etwas differenzierter argumentieren.

Erstaunlich auch, dass der Verkehrskasper seitens des Innenministeriums in Frage gestellt ist. Seit Jahrzehnten erfreut er sich in Kindergärten und Schulen höchster Beliebtheit. Pädagogisch sehr wichtig – und zugleich die erste (positive) Begegnung der Kinder mit der Polizei.



CDA

Grundsatzprogramm



Schon das Titelbild des auf der 29. Bundestagung am 10. Juni 2001 in Bonn beschlossenen CDA-Grundsatzprogrammes zeigt, dass in ihm wesentliche Fragestellungen auch zur globalisierten Welt erörtert werden. Die Kernaussage lautet: „Erst der Mensch, dann der Markt.“

Leitlinien des CDA-Grundsatzprogramms

„Erst der Mensch, dann der Markt“

Auf gut 50 Seiten hat die CDA Deutschlands vor 14 Jahren Grundsätze zur politischen Arbeit formuliert. Nachfolgend einige Kerngedanken. Das vollständige Programm ist bei Helga Lucas (Tel. 0431/6609933, E-Mail helga.lucas@cdu-sh.de) erhältlich.

Für den Menschen bestellt

Politik muss am Menschen Maß nehmen. Sie muss sich daran messen lassen, ob sie dem Menschen direkt dient und das Gemeinwohl fördert.

Unser sozialer Rechtsstaat

Christlich-Soziale haben mitgebaut an dem Fundament, auf dem der Sozialstaat ruht: dem demokratischen Rechtsstaat.

Unsere Vision

Die CDA hat 1967 in ihrer Offenburger Erklärung postuliert: „Der Mensch ist wichtiger als die Sache.“ Knapper, treffender, zeitloser lässt sich nicht ausdrücken, was christliche Soziallehre bedeutet.

Unser Wertekanon

Am Beginn des 21. Jahrhunderts steht fest: Die christliche Soziallehre hat den Wettstreit mit den Ideologien des 19. und 20. Jahrhunderts gewonnen. Diese Ideologien gründeten auf einem einseitigen verzerrten Bild vom Menschen. Darum scheiterten sie.

Zukunft durch Beteiligung

Die Werte, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bestimmen, sind unbestritten. Die Menschen, von einer verschwindend geringen Minderheit abgesehen, bejahen sie. Die politische Ordnung wie das Sozialsystem in Deutschland sind bemerkenswert stabil. Wir streben dies auch für die Europäische Union an.

Arbeit ist mehr als Broterwerb

Arbeit ist ein Freiheitsrecht. Arbeit ist bedeutsamer als Besitz. Sie ist mehr als Broterwerb. Sie schafft Teilhabe. Jeder Mensch hat ein Recht auf menschenwürdige Arbeit.

Wirtschaft im Dienst der Verbraucher

Die weitere Öffnung der Märkte und die steigende Differenzierung des Angebots von Gütern und Dienstleistungen erzwingen, den gesetzlichen Verbraucherschutz und die Verbraucherarbeit aufzuwerten.

Beteiligung im geeinten Deutschland - den Solidarpakt erfüllen und verlängern

Der Aufbau Ost ist eine Aufgabe aller Deutschen, die sich nach bisheriger Erfahrungen noch über einen längeren Zeitraum hinweg als ein Schwerpunkt nationaler Politik erweisen wird. Er wird durch die tief greifenden Umbrüche in der Arbeitswelt, den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und den Folgen für die sozialen Sicherungssysteme überlagert und mitbestimmt.

Die Familie - Garant der Zukunft

„Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutz der staatlichen Ordnung“ (Artikel 6 GG). Die CDA steht zu diesem Verfassungsgebot. Er verpflichtet alle politischen Verantwortlichen, bei ihren Entscheidungen deren Auswirkungen auf Familien zu bedenken.

Bildung - Weg in die Zukunft

Bildung ist Grundlage und Zukunft der Arbeit. Zukünftig werden mehr als je zuvor Kompetenz, Wissen und Kreativität von Beschäftigten und Unternehmern über Gestaltungschancen, Wohlstand und soziale Sicherheit jedes Einzelnen wie der Gesellschaft entscheiden.

Subsidiäre Solidarität

Unsere Position ist die subsidiäre Solidarität. Das ist zugleich der Ort der Sozialversicherung, wie sie vorwiegend von Christlich-Sozialen entwickelt wurde und jetzt weitgehend akzeptiert wird.

Ökologische Verantwortung für künftige Generationen

Die Nichtbeachtung der ökologischen Folgen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung zerstört die Chancen der künftigen Generationen.

Beteiligung im sozial verpflichteten Europa

Eingebettet in den europäischen Einigungsprozess hat Deutschland seine nationale Einheit im Einvernehmen mit seinen Nachbarn wiedergewonnen. Die EU ist die Antwort unseres Kontinents auf die Globalisierung. Der Euro stärkt die Position Europas im globalen Wettbewerb.

Neue Chancen für den Frieden

Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion bietet sich jetzt die Chance, eine neue Friedensordnung zu begründen. Sie soll verhindern, dass Konflikte gewaltsam ausgetragen werden. Dazu muss sie den Einsatz von bewaffneten Streitkräften als Ultima Ratio zur Krisenbewältigung zulassen.

Globalisierung ruft nach globaler Verantwortung

Die Öffnung der Märkte weltweit birgt Chancen und Risiken in sich.

Der Mensch ist wichtiger als die Sache.

Wir stellen den Menschen in den Mittelpunkt der Politik. Auch in der globalisierten Welt ist die Würde des Menschen unantastbar.

Besser wäre, Verkehrsminister Meyer würde den Kommunen Geld geben

„Verkehrsminister Reinhard Meyer (SPD) muss in der Verkehrspolitik endlich seine eigenen Prioritäten klären. Er will zugleich mehr Bahn, mehr Busse und mehr Individualverkehre im ländlichen Raum - jetzt ist es an der Zeit, dass er sagt, wie er das bezahlen will. Immer nur auf den Bund zu verweisen, ist zu wenig. Ein Verlierer steht jetzt schon fest: Die Radwege. Das Land zieht sich immer mehr aus der Finanzierung zurück“, so der CDA-Landesvorsitzende Werner Kalinka. Dabei seien gerade die Radwege für den Tourismus und die Sicherheit im Straßenverkehr von größter Bedeutung.

Zuständig für die Busverkehre seien die Kreise. Sie, ihre Verkehrsbetriebe und die an den Verkehrsbetrieben beteiligten Kommunen müssten derzeit die Finanzierung sicherstellen. Kalinka: „Selbst bei einer Reaktivierung der Bahn Kiel - Schönberg, in der Region sehr umstritten, würden Meyer und das Land für die notwendigen Bus - Bahnverkehre aus den Dörfern zu den wenigen Bahn-Haltepunkten keinen Euro geben. So kann es doch nicht sein: Die Landesregierung ist für die Erwartungen zuständig, die Kommunen für die Finanzierung.“

Wenn sie das Geld hätten, würden viele Kommunen gern mehr in den ÖPNV investieren. Kalinka: „Anruf-Taxis, Sammel-Taxis, Bürgerbusse oder kleinere Linienbusse sind doch eine Frage des Geldes. Statt blumiger Worte der LVS („smarte Lösungen“, „intelligenter Nahverkehr“) wären Euro-Überweisungen erheblich zielführender.“

Immer weniger wichtig sei der Landesregierung der Radwege-Bau. Der zunehmende Rückzug aus der Finanzierung solle möglichst geräuschlos vonstatten gehen. Kalinka: „Besonders verwundert ist man über die Grünen, dass sie das mitmachen.“ Minister Meyer müsse bei der Abwägung von Fördermitteln zwischen Bahn, Bussen und Radwegen zudem bedenken, dass im Straßen- und Radwegbereich erhebliche Sanierungsmittel notwendig seien.

Wenn Meyer trotz der jetzt schon erkennbaren Finanzierungs-Engpässe auch noch Offenheit für die Stadtreionalbahn (SRB) rund 400 Mio. Euro Kosten in den Raum stelle, könne man sich nur noch die Augen reiben. Kalinka: „Es zeigt sich einmal mehr: Bei der SRB bestimmt der Polit-Wille von Rot-Grün, nicht der Sachverstand.“

WEITERE INFORMATIONEN DER CDA SCHLESWIG-HOLSTEIN UNTER:

 WWW.CDA-SH.DE |  FACEBOOK.COM/SOZIALAUSSCHUESSE.SH

Bildungs-Bundesliga: Differenzierte Betrachtung nötig

Der stellv. Landesvorsitzende der Christlich-Demokratischen-Arbeitnehmerschaft (CDA), Dr. Andreas Ellendt, hält eine differenzierte Betrachtung des schlechten Abschneidens Schleswig-Holsteins in der so genannten „Bildungs-Bundesliga“ für nötig. Er wolle den 12. Platz keinesfalls schönreden. Aber es müsse erlaubt sein, über bestimmte und offensichtlich ausschlaggebende Kriterien dieser von Wirtschaftsverbänden finanzierten Studie zu diskutieren.

Dass nun ausgerechnet der Englischunterricht in den Grundschulen für die schlechte Platzierung mitverantwortlich und der Ausländeranteil an den Hochschulen überhaupt ein Bewertungskriterium sei, halte er für problematisch. Schließlich sei die Nachhaltigkeit von Englisch in der Grundschule an den weiterführenden Schulen selten zu bestätigen. Wenig überzeugend sei auch, das Ganztagsangebot in Schleswig-Holstein als schlechte „Förderinfrastruktur“ zu bezeichnen. Es gebe in Schleswig-Holstein an vielen Schulen gute Ganztagsangebote. Wenn diese nicht in der von den Verfassern der Studie gewünschten Weise genutzt würden, sei dies eine andere Fragestellung.



Ellendt sagte, deutlich größere Probleme kämen auf Schüler, Lehrer und Eltern zu, wenn die Umkreisungspolitik von Bildungsministerin Waltraud Wende, wie z.B. die Abschaffung des Gymnasiallehrers und der Noten in Grundschulen, sowie die Steigerung der Abiturientenquote bei gleichzeitiger Nivellierung der Niveaus der Schulabschlüsse „Früchte“ trage.



Entspannte und zufriedene Gesichter nach dem gut zweistündigen Meinungsaustausch.

Fotos: Helga Lucas

Gutes Gespräch zwischen DGB und CDA

Zu einem Meinungsaustausch sind der DGB Bezirk Nord und die CDA Schleswig-Holstein im August in Neumünster zusammengekommen. Im Mittelpunkt des offenen und gründlichen Gespräches standen der Mindestlohn und seine Umsetzung, die Situation im Gaststättengewerbe und bei den Zeitungsausträgern, Lage und Struktur des Arbeitsmarktes, Renten- und Sozialfragen. Es wurde vereinbart, das Gespräch noch in diesem Jahr fortzusetzen.

Uwe Polkaehn, Vorsitzender des DGB Bezirkes Nord:

„Die Einführung des Mindestlohns ist ein großer Erfolg und eine wichtige Sozialreform. Jetzt kommt es allerdings in der Umsetzung auf Einzelheiten und eine effektive Kontrolle an. Wir werden dies zur Einführung des Mindestlohns in einer Informationskampagne verdeutlichen. Wir laden die CDA ein, sich zu beteiligen und danken der CDA Schleswig-Holstein für ihre jahrelange engagierte Unterstützung auf dem langen Weg bis zur Durchsetzung des Mindestlohns.“

Werner Kalinka, CDA-Landesvorsitzender Schleswig-Holstein: „Wir werden uns weiter beim Thema Mindestlohn engagieren, gern auch mit dem DGB. Wir haben eine gute Arbeitsmarktlage. Dennoch gibt es Bereiche, um die wir uns kümmern müssen wie Zeit- und



Leiharbeit. Das Regel-Arbeitsverhältnis sollte das unbefristete sein. Wir stimmen mit dem DGB auch überein, dass dort, wo es Probleme oder gar Missstände im Arbeitsleben gibt, nicht weggeschaut werden darf.“



Holger Diehr und Werner Kalinka im August des Jahres bei einem ausführlichen Gespräch in Fockbek. Am 10. November 2013 wurde Holger Diehr mit 56,7 Prozent der Stimmen bereits im 1. Wahlgang zum Bürgermeister in Fockbek gewählt. Er trat das Amt am 1. Januar 2014 an und ist seither auch mit der Geschäftsführung der Ämter Fockbek und Hohner Harde in der Funktion des Leitenden Verwaltungsbeamten betraut.

Die CDA ist am Mittwoch, 17. September 2014 zu Gast in Fockbek. Treffpunkt: 18.30 Uhr vor dem Rathaus anschließend Spaziergang durch die Gemeinde. Ab 19.30 Uhr kommunalpolitisches Gespräch im Schützenhaus. Anmeldungen bitte bei Helga Lucas, Tel. 0431/6609933 oder E-Mail helga.lucas@cdu-sh.de.

Die soziale Balance wahren

so der Titel des 2004 von der CDA erarbeiteten und verabschiedeten Programmes.

Was gilt immer noch, welche Probleme sind noch schärfer geworden, was müssen wir ergänzen oder aktualisieren – wir laden zum Gespräch am

**Mittwoch, 24. September 2014, 19 Uhr nach
Plön, „CDU-Treff“, Kreisgeschäftsstelle
(Lange Str. 12 / Stadtgraben, 24306 Plön)**

herzlich ein.

Um zum „CDU-Treff“ zu gelangen, muss man in Plön von der B 430 in den Stadtgraben abbiegen (ungefähr gegenüber der „LIDL“-Einfahrt). Im Stadtgraben nehmen Sie die zweite Auffahrt rechts auf den Parkplatz.

Anmeldungen bitte bis zum 20.09. an Helga Lucas (0431/6609933, helga.lucas@cdu-sh.de).

Wir freuen uns auf einen regen Gedankenaustausch.